Berlin: REVO vor Ort!

Theaterstück & Workshop zu alternativem Sexualkundeunterricht

Nachdem

wir uns auch in Berlin an der Demonstration zum Internationalen Frauenkampftag am 8. März beteiligt hatten, führten wir am Alexanderplatz, dem Endpunkt der Demo, ein Theaterstück zum Thema "Alternativer Sexualkundeunterricht" auf. Dazu spielten einige Mitglieder eine Schulklasse, in der gerade zum ersten Mal das Thema "Sexualität" behandelt wird. Der von uns dargestellte Lehrer konfrontierte sie also mit den typischen Mythen und Stereotypen des Sexualkundeunterrichts wie zum Beispiel "Sex dient nur der Fortpflanzung", "Frauen müssen sich um die Verhütung kümmern" oder der problematischen Einteilung von Sex in Kategorien wie "normal" und "unnormal". Die Schüler_Innen der Klasse stellten nun

kritische Fragen an ihren Lehrer wie "Spielt Spaß beim Sex keine Rolle?" oder "Sind diese Standards nicht super homophob?", auf die dieser nicht antworten wollte oder konnte. Daraufhin übernahmen die Schüler_Innen selbst die Kontrolle über den Unterricht und forderten ein alternatives und fortschrittlicheres Konzept zum bisher bestehenden Sexualkundeunterricht. Ziel dieser Aufführung war es, aufzuzeigen wie sexistisch, heteronormativ und veraltet die Standards dessen sind und Schüler_Innen dazu zu ermutigen, dies auch offen in der Schule zu kritisieren und eine Bildung einzufordern, die sich an der tatsächlichen Realität von Sexualität orientiert und nicht an sexistischen und homophoben Stereotypen. Abschließend zu unserer Aufführung öffneten wir die Diskussion für alle Zuschauer_Innen zu einem Workshop mit Themen wie Konsens und wie sich problematische Sexualpädagogik auch später noch auf unser Sexualleben auswirkt.

"Aktuell denken wir von hier bis zur Türklinke"

Interview mit einer Betriebsrätin im Einzelhandel, geführt von Wilhelm Schulz, zuerst erschienen auf arbeiterinnenmacht.de

In Zeiten von Corona wird eines deutlich. Es ist nicht der Virus, der die soziale Spaltung verstärkt, dies bewerkstelligen die Umstände, unter denen er wirkt. Wir haben, um die Auswirkungen von Corona zu beschreiben, ein Interview mit einer Betriebsrätin im Einzelhandel in einem großen Kaufhaus geführt.

Der Einzelhandel läuft hier schon seit Jahren auf dem Zahnfleisch, ist er doch von einer massiven Umstrukturierung betroffen. Durch Internetkonzerne wie Amazon, die sich bis heute weigern, nach den Tarifbedingungen des Einzelhandels zu vergüten, und nicht mehr als den schlechter entlohnten Tarifvertrag Logistik zu zahlen bereit sind, die zudem systematisch Union-Busting betreiben. Schon vor der Corona-Krise kam es hier zu Fusionen – wie z. B. von Karstadt und Galeria Kaufhof –, Schließungen und Personalabbau. Karstadt hat eine über ein Jahrzehnt andauernde Insolvenzgeschichte: Verkauf für 1 Euro; Einfrieren der Gehälter; Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld. Jahre andauernde begrenzte Streiks vermochten die Talfahrt für die Beschäftigten allenfalls zu verlangsamen, nicht zu stoppen.

Es ist davon auszugehen, dass es zu einer Verstärkung dieser Verschiebung in der momentanen Situation kommt. In der Branche herrscht Teilzeitarbeit vor und die Beschäftigten sind mehrheitlich Frauen. Allein diese Zahlen zeigen, dass die Krise uns nicht alle gleichsam treffen wird.

Interviewer: Bitte beschreibe die aktuelle Situation in Deinem

Betrieb. Wie wirkt sich Corona auf Deine KollegInnen und Dich aus?

Seit dem 18. März ist das Unternehmen, in dem ich arbeite, geschlossen, so wie der gesamte Einzelhandel außerhalb der Lebensmittel- und Baumärkte. Seitdem sind die Beschäftigten auf Kurzarbeit null und das Unternehmen macht keine Umsätze. Kurzarbeit null bedeutet dabei einfach, dass die Kollegen und Kolleginnen nicht arbeiten und vom Staat KurzarbeiterInnengeld von 60 % beziehungsweise 67 % bekommen, falls sie Kinder haben. Das ist alles demnächst hart an der Kante. Das Kurzarbeiter_Innengeld zahlt jedoch der Staat und nicht das Unternehmen, in dem ich arbeite. Das wird aus dem pauschalisierten Nettoentgelt des letzten Kalenderjahres errechnet.

Viele im Einzelhandel sind in Teilzeit. Über die Hälfte der Angestellten arbeiten in Teilzeit. Das bedeutet für viele vermutlich, demnächst noch zusätzliche Gelder beantragen zu müssen, wie Wohngeld. Bis dahin konnten sich viele meines Wissens noch über Wasser halten und die wenigsten mussten aufstocken, jedoch sind die Reserven auch aufgrund der aktuellen Mietlage vermutlich sehr gering.

Der Betrieb verspricht aktuell individuelle Lösungen für jede einzelne Person in akuten Problemfällen, aber davon wissen wir noch nichts. Denn aktuell merken unsere KollegInnen das noch nicht so sehr. Wir sind am 18. März geschlossen worden. In der Gehaltsabrechnung wurde vorerst der Lohn für einen vollen Arbeitsmonat ausgezahlt, der Überhang soll vom kommenden Gehalt abgezogen werden, somit kann es zu deutlich weniger als den 60 % kommen. Das Kurzarbeiter_Innengeld wird somit erst zum 30. April auf dem Konto der Kolleg Innen sein, dann wird's heftig.

Bis dahin hat der Betrieb versucht, alles loszuwerden, was er offiziell an Beschäftigten entlassen konnte. Als Betriebsräte konnten wir rein rechtlich unmittelbar nur die Festkräfte retten. Zum 30. April sind jetzt die gegangen worden, die unter 6 Monate Betriebszugehörigkeit aufwiesen. Auch die 450-Euro-Kräfte sind betroffen. Sogar das Personal, das zur Anpassung unseres Personalschlüssels eingestellt wurde und bitter nötig ist, wurde kurzfristig entlassen.

Das Unternehmen selbst macht in diesem Moment offiziell Minus. Die Investor_Innen unseres Hauses besitzen die Immobilien mit der einen Gesellschaft und vermieten sie an die andere. Die Miete wird nicht gestundet.

Interviewer: Die Bundesregierung hat Rettungspakete in

Milliardenhöhe verabschiedet. Auf welche Art hilft das Deinen

KollegInnen?

Am ehesten durch das Kurzarbeiter_Innengeld. Auch die Sozialabgaben zahlt die Arbeitsagentur. Sehr aktuell bei unseren Kolleg_Innen ist das Thema Nebenjob in systemrelevanten Berufen. Dies geht kurzfristig im Haus. Solange unter dem regulären Nettogehalt geblieben wird, ist dies abgabenfrei. Es ist unklar, wie viele Kolleg_Innen dies angenommen haben. Die Zustimmung von Arbeit"geber"_Innenseite ist aktuell beschleunigt. Mehr ist hier momentan nicht absehbar für uns.

Interviewer: Welche Sicherung gibt es für Alleinerziehende oder Familien?

Da gibt es bei uns nichts, was über das Kurzarbeiter_Innengeld, also die 67 % hinausgeht. Interessant wird es eigentlich erst, wenn wir wieder öffnen. Zu Beginn ist davon auszugehen, dass wir zwischen der Öffnung und dem 30. Juni auf 50 % Kurzarbeiter_Innengeld gehen, also das mit dem geringeren Gehalt bis mindestens Ende Juli andauern wird. Betriebsbedingte Kündigungen sind bis 3 Monate nach Ende Kurzarbeiter_Innengeld nicht möglich. Der Betriebsrat wollte 6 Monate. Aktuell weiß aber niemand, wie es dann aussehen wird.

Besonders schwer für Alleinerziehende wird die Zeit auch. Durch die

Kurzarbeit wird auch die Schichtplanung verkürzt. So erfahren die Kolleg_Innen in der Zeit nur noch eine Woche im Voraus, wie sie im kommenden Monat arbeiten werden. Das macht die Planbarkeit schwerer. Von kurzfristigen Krankheitsfällen sprechen wir dabei noch überhaupt nicht.

Interviewer: Kurzarbeiter_Innengeld trifft im Einzelhandel, der seit Jahren auf dem Zahnfleisch läuft, vermutlich die Arbeiter_Innen hart. Wie geht Ihr im Betrieb damit um? Was macht ver.di?

Ver.di schreibt im Fachbereich jeden Tag Newsletter, vor allem zur Rechtsberatung. Die Prüfungen der Azubis sind bis Ende Juni verschoben. Arbeitsverträge gehen hier nur bis zum 31. Juli. Hierzu wird aktuell verhandelt. Ansonsten hat ver.di eine Petition zur Erhöhung des Kurzarbeiter_Innengeldes herausgegeben von 60 % auf 90 %. Das ist schön und gut. Wer es später zahlt, bleibt offen.

Den Kontakt zu den Kolleginnen und Kollegen halten wir aktuell über Telegram, WhatsApp und E-Mail. Hier schicken wir regelmäßige FAQs zu den uns am häufigsten gestellten Fragen. Die lauteten in den ersten Tagen in der Regel etwa: "Was ist mit Krankschreibung?", "Was ist mit Urlaub?"; "Was ist mit den Gutstunden?". Die Fragen sind vielfältig. Wir versuchen über alle Kanäle so transparent wie möglich zu sein. Ob und wie Diskussionen unter den Kolleg nnen stattfindet, kann ich aktuell nicht sagen.

Das Thema Gutstunden ist ein wichtiges. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Überstunden, die das faktisch sind, nicht abgebummelt werden, bevor das Kurzarbeiter_Innengeld wirkt. Eigentlich ist unser Ziel, dass überhaupt keine Gutstunden mehr rauskommen sollen, sondern neue KollegInnen eingestellt werden.

Aber aktuell denken wir von hier bis zur Türklinke. Nach Corona müssen die Beschäftigten hier vermutlich zahlen, beispielsweise durch Entlassungen, Personalmangel, Wegfall der Kundschaft. Wir sind sehr stark vom Tourismus abhängig bei uns im Haus und der liegt auf unabsehbare Zeit brach.

Interviewer: In den momentanen Debatten wird, vor allem im

Einzelhandel, von massiven Veränderungen für die Zukunft gesprochen.

Inwiefern trifft das Euch bereits jetzt?

Ja, wie sich das alles verschieben wird, bleibt offen. Amazon boomt. Wir werden sehen, wohin das führt. Bei uns wird versucht, ein Online-Shopping-System einzuführen. Das war auch vor Corona am Anlaufen und soll jetzt auf Biegen und Brechen beginnen. Soll passieren, damit sich das Geschäft über Wasser hält. Aber mal sehen, wie es nach Corona in unserer Branche aussieht.

Interviewer: Wie ist die Stimmung bei den Kolleg_Innen?

Die Decke fällt ihnen auf den Kopf. Auch wenn die Stimmung momentan ruhiger ist, muss klar sein: Die finanziellen Auswirkungen, die drohen ja erst. Die Sorge verschiebt sich um 4 Wochen. Noch klingt das recht positiv. Die Fragen per Telefon werden momentan weniger. Die Leute finden sich momentan damit ab und hoffen, dass bald wieder die Normalität eintritt.

Interviewer: Der DGB hat dem BDA den Burgfrieden für die laufende

Pandemie angeboten. Wie soll der Widerstand gegen Entlassungen dieser

Tage organisiert werden?

Streiks und ähnliches sind aktuell unsicher. Erst muss die Situation klarer werden. Noch gibt es kaum Entlassungen. Es ist unklar, wie lang das dauern wird. Die Tiefe der Rezession lässt sich nicht abschätzen. Jedoch ist noch die Arbeit"geber"_Innenseite kooperativ, da sie noch auf ihre Angestellten hoffen und sie eh unterbesetzt waren. Somit müssen wir ihnen auf die Finger gucken. Nach der gesundheitlichem Krise, wenn die Personaldecke so gering bleibt, dann muss über Streiks und Arbeitskämpfe geredet werden.

Interviewer: Vielen Dank für das Interview und einen erfolgreichen

Kampf, nicht nur um den Erhalt der Stellen, sondern auch um die

Verbesserung des Personalschlüssels.

Nachwort

Hier sind wichtige Punkte angesprochen worden. Die Erhöhung des Kurzarbeiter_Innengeldes ist für die Arbeiter_Innenklasse bitter nötig, vor allem für die unteren Schichten dieser, aber die Frage der Bezahlung ist wichtig zu beantworten. Vor wenigen Tagen wurde ein Milliardenpaket der Bundesregierung zur Rettung der Wirtschaft verabschiedet. Nicht nur die Gewichtung geht an den Bedürfnissen eines Großteils der Bevölkerung vorbei. Beispielsweise sind gerade 3 Milliarden von 600 Milliarden Euro für das Gesundheitssystem vorgesehen.

Auch die Frage steht im Raum, wer am Ende die gemachten Schulden begleichen darf. Sparprogramme sind in eben jenen Bereichen zu befürchten, in denen jetzt systemrelevante Held Innen gefeiert werden. Da sie aber außer im privatisierten Sektor keinen Mehrwert schaffen, sondern "nur" erhalten - u. a. in Form von Menschenleben - können sie die sein, die diese Einsparungen wieder als Erste spüren. Auch eine mögliche allgemeine Steuererhöhung würde eine Umlagerung der Kosten auf die ärmere Bevölkerung darstellen. Kämpferische Arbeiter Innen in Betrieben und Gewerkschaften müssen jetzt schon gegen die Sozialisierung der Schulden und die Privatisierung der Gewinne eintreten. Wir brauchen Beschlagnahmen von jenen, die Millionen besitzen. Die Arbeiter Innen in allen Bereichen, die nicht für die Sicherung der Bedürfnisse (Gesundheit, Lebensmittel, Kommunikation, ...) nötig sind, müssen bei vollen Bezügen freigestellt werden. Sollten Unternehmer Innen Beschäftigte entlassen und Betriebe schließen wollen, sollten diese ohne Entschädigung und unter Kontrolle der Arbeiter Innen verstaatlicht werden. Wir brauchen auch ein Herabsetzen der Miete auf die zum Erhalt notwendigen Kosten - dort wo selbst dies nicht stemmbar ist, ein vollständiges Einfrieren eben jener.

Aber der Einzelhandel alleine wird vermutlich wirklich vor recht leeren Kassen stehen. Das zeigt für uns aber noch deutlicher die Notwendigkeit eines breiten Kampfes der Arbeiter_Innenklasse gegen die Auswirkungen der Corona-Krise, die sich somit nicht nur ökonomisch in ihren Gewerkschaften organisieren müssen, sondern dort auch den Druck aufbauen, um sich für einen Wertschöpfungsketten übergreifenden Arbeitskampf einzusetzen. Dafür stellt die Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften (VKG) bereits heute einen möglichen Keim dar, in dem sich kämpferische Arbeiter_Innen sammeln können.

Corona-Gefahr und Zunahme häuslicher Gewalt - wie bekämpfen wir sie?

Jonathan Frühling, zuerst erschienen auf arbeiterinnenmacht.de

Oft wird behauptet, die bürgerliche Familie sei ein Ort der Geborgenheit, des Schutzes und der engsten Solidarität in der Gesellschaft. Doch hinter dieser trügerischen Fassade verbirgt sich eine hässliche Fratze, für viele Kinder und Frauen oft tägliche Realität. Um sich des Ausmaßes häuslicher Gewalt bewusst zu werden, müssen wir nicht in die Ferne blicken, auf Länder wie Indien oder Kolumbien.

Selbst die Berichte der Bundesregierung belegen, dass in Deutschland 40 Prozent aller Frauen seit ihrem sechzehnten Lebensjahr physische

und/oder sexuelle Gewalt erleben mussten. Jeder vierten Frau wird dieses Verbrechen von ihrem eigenen (Ex-)Partner angetan. Alleine in Deutschland betrifft das jedes Jahr ca. 115.000. Diese Gewalt passiert überwiegend bei den

Opfern zuhause. Der eigene Wohnraum stellt also oft keinen Schutzraum für Frauen und Kinder, sondern für den Täter dar, indem Unterdrückung und Gewaltverbrechen vor der Öffentlichkeit verborgen bleiben.

Drohende Zunahme

Während der Corona-Krise sind die Menschen fast ausschließlich zuhause, haben keinen körperlichen Ausgleich und sind oftmals

frustriert, weil sie in wirtschaftlichen Schwierigkeiten stecken. Der reale Druck auf die Masse der Bevölkerung nimmt zu, wie auch die soziale Isolierung.

Zudem haben viele Betriebe sowie Bildungs- und

Betreuungseinrichtungen ihre Türen momentan geschlossen, was die Situation

weiter verschärft. Das erhöht das Potential für häusliche Gewalt drastisch. Auch der vermehrte Alkoholkonsum steigert das Aggressionspotential.

Selbst bürgerlich-konservative Zeitungen, wie die Bild oder die FAZ, sehen sich in dieser Situation genötigt, über das Thema zu berichten. Wie real eine drohende Zunahme von Gewalt gegen Frauen ist, belegen auch die Erfahrungen Chinas in den letzten Monaten. Laut einer Pekinger Frauenrechtsorganisation

war die Zahl von Frauen, die sich während der verordneten Quarantäne an Hilfsorganisationen gewandt haben, dreimal so hoch wie sonst). Ähnliche Zahlen sind bereits aus Spanien, Italien und Südkorea bekannt und deshalb auch für Deutschland und andere Länder zu erwarten.

Welchen Problemen sehen sich Frauen und Kinder momentan ausgesetzt?

Besonders oft sind Frauen von physischer Gewalt betroffen. Einige Frauen suchen jedoch auch Hilfe, weil sie bevorstehende physische Angriffe von Familienmitgliedern befürchten. Ein großes Problem ist darüber hinaus Kontrolle und Stalking über das Internet.

Die immer noch existierende geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Familie sieht vor, dass die Frau den größten Teil der Reproduktionsarbeit leisten muss. Dazu gehören die Betreuung und Erziehung der Kinder, Kochen, Putzen und Waschen. Durch die Corona-Krise fällt noch mehr dieser Arbeiten in den privaten Bereich, da fast ausschließlich in der eigenen Wohnung gegessen wird und die Kinder und Jugendlichen zuhause bleiben müssen. Die Schließung von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen hat außerdem dafür gesorgt, dass weibliche Beschäftige aus ihren Jobs gedrängt werden, um zuhause auf die Kinder aufzupassen. Geringverdiener_Innen müssen mit noch weniger Geld über die Runden kommen.

Zudem werden viele Frauen bei der Reproduktionsarbeit verstärkt kontrolliert und zurechtgewiesen, wenn ihre Partner ebenfalls überwiegend zuhause sind. Zusätzlich steigt für Frauen der Leidensdruck, weil

sie aufgrund der Krise keine Bekannten treffen können, die ihnen sonst Beistand

leisten würden.

Für Kinder und Jugendliche tun sich ähnliche Probleme auf.

Sie sehen sich den ganzen Tag mit ihren Eltern konfrontiert, deren Regime sie

sich unterordnen müssen. Es fehlt ihnen jeglicher Ausgleich, wie Schule, sportliche Aktivitäten oder das Treffen von Gleichaltrigen in der Freizeit. Auch sie sind vermehrt körperlicher Gewalt und Unterdrückung ausgesetzt, was

sich massiv auf ihre körperliche und psychische Verfassung auswirkt.

Inanspruchnahme von Hilfe?

Ein großes Problem ist auch, dass die betroffenen Frauen während strikter Ausgangsbeschränkungen kaum Hilfsangebote in Anspruch nehmen können. In Italien sind nämlich z.B. nur die Wege zur Arbeit, zum Supermarkt oder zum/r Arzt/Ärztin erlaubt. Zudem ist es für die Frauen schwieriger, eine Beratungsstelle aufzusuchen, wenn der Täter die ganze Zeit

zuhause ist und Bescheid weiß, wie lange die Frau das Haus verlässt.

Frauenhäuser und Beratungsstellen stellen sich vor allem für die Zeit nach der Corona-Krise auf einen stark erhöhten Andrang ein. Allerdings

sind die Frauenhäuser schon zu "normalen" Zeiten total überlaufen. Laut der Istanbuler-Konvention, die die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zum Kampf gegen Gewalt gegen Frauen verpflichtet und die Deutschland im Oktober

2017 ratifiziert hat, müssten hierzulande 21.400 Betten in Frauenhäusern bereitstehen. Die geforderten Maßnahmen wurden jedoch nie auch nur ansatzweise umgesetzt.

Momentan sind es aber gerade mal 6.800! Deshalb ist es gängige Praxis, dass Frauen zu ihren gewalttätigen Partnern zurückgeschickt werden. Auch eine angemessene psychische Betreuung findet unter diesen Umständen zumeist nicht statt. Im Zug der Corona-Krise wird der Mangel auch

noch dadurch verschärft, dass das Personal nicht überall in voller Besetzung zur Arbeit erscheint.

Gründe für Gewalt

Allerdings ist der Anstieg von häuslicher Gewalt, wenn

Menschen vermehrt Zeit auf engem Raum verbringen, kein unbekanntes Phänomen.

Die meisten Menschen kennen zumindest den alljährlichen Familienstreit während

der angeblich so besinnlichen Weihnachtszeit. Auch die extremen Formen der

häuslichen Gewalt nehmen während dieser Zeit nachweislich zu.

Die tiefere Ursache der häuslichen Gewalt ist in der systematischen Unterdrückung der Frauen in der Klassengesellschaft zu suchen.

Im Kapitalismus ist die Trennung von gesellschaftlicher

Produktion und privater Hausarbeit dabei grundlegend – jedenfalls was die Lage

der proletarischen Frauen betrifft. Die Reproduktionsarbeit wird zu großen Teilen privat verrichtet. Die ungleiche Entlohnung von Arbeiterinnen verglichen

mit Arbeitern manifestiert sich im Gender Pay Gap und damit größerer finanzieller Abhängigkeit.

Die bürgerliche Familie sowie die geschlechtsspezifische

Sozialisierung sind ebenfalls Mechanismen, um das Unterdrückungsverhältnis

aufrechtzuerhalten und auch im Bewusstsein von Mann und Frau zu reproduzieren.

Obwohl gesellschaftlich, erscheinen sie als "natürlich". Physische Gewalt, mit der Frauen eingeschüchtert und gefügig gemacht werden, gehört untrennbar zu

diesem Verhältnis, es stellt dessen gewalttätigen Ausdruck dar.

Forderungen und Perspektive des Kampfes

Der Ausbau von Frauenhäusern und Beratungsstellen ist längst überfällig und sollte nun das Gebot der Stunde sein. Das schließt auch mit ein,

die Technik und das Personal für eine Ausweitung der telefonischen Beratung zur

Verfügung zu stellen. Damit schnell Erfolge erzielt werden können, sollte Leerstand, wie z. B. auch nicht ausgelastete Hotels oder Luxusvillen, requiriert und für diese Zwecke genutzt werden. Frauenhäuser und Beratungsstellen müssen zudem sofort in die Liste systemrelevanter Berufe aufgenommen werden – und zwar international.

Das neoliberale Dogma der heutigen Zeit hat den Druck auf Frauen schon vor der Corona-Krise massiv verschärft. In Deutschland gibt es z. B. nicht genügend Kita-Plätze, weil der soziale Bereich systematisch vernachlässigt wird. Auch die Ausweitung des Billiglohnsektors, wie z. B. die flächendeckende Einführung von Minijobs, hat die ökonomische Situation von

Frauen weiter verschlechtert und deren Doppelbelastung durch Beruf und Hausarbeit verschärft. Deshalb muss auch für politische Forderungen eingetreten

werden. Gleiches Geld für gleichwertige Arbeit ist dabei natürlich essenziell. Flächendeckende Kitas und Betreuung nach der Schule würden es Frauen leichter

machen, sich von ihren Männern zu trennen und als Alleinerziehende zu leben.

Mindestlohn, höheres Arbeitslosengeld und günstigerer Wohnraum sind deshalb auch wichtig.

Um diese Forderungen an den Staat durchzusetzen, darf es aber nicht bei Appellen bleiben. Wir müssen schon selbst aktiv werden und eine

Bewegung aufbauen, die diese Ziele auch durchsetzen kann.

Ein wichtiger Aspekt wird dabei auch die Bildung von Schutzstrukturen sein, die vor allem von lohnabhängigen Frauen gebildet werden und von der Arbeiter_Innenbewegung – von Gewerkschaften, linken Parteien und Organisationen – initiiert und unterstützt werden sollen. Dies wäre ein wichtiger Schritt, um entschieden gegen gewalttätige Männer vorgehen zu können. Solidarische Männer sollen solche Initiativen natürlich unterstützen. Auf eine Polizei, die Hilferufe von Frauen bekanntermaßen ignoriert, ist nämlich kein Verlass.

An dem hier behandelten Thema zeigt sich auch, wie wichtig es ist, dass die Lohnabhängigen für entschiedene Maßnahmen gegen die Corona-Krise eintreten und dabei eigene Kontrollorgane zur Umsetzung und Überwachung dieser Forderungen schaffen. Denn nur, wenn die Bevölkerungsmehrheit

diese kontrolliert, kann dafür gesorgt werden, dass die getroffenen Maßnahmen

uns Lohnabhängigen zugutekommen.

Die Regierung verfolgt dagegen vor allem das Ziel, mit ihrem

600 Milliarden Euro (!) schweren Rettungsschirm die Liquiditätsprobleme der

Unternehmen zu lösen. Das zeigt sich z. B. auch daran, dass nur ein kleiner Teil dieses Geldes für einen Ausbau des Gesundheitssystems eingesetzt

werden soll. Zudem wäre eine politische Beteiligung nur logisch, da das Geld letztlich aus unseren Steuerzahlungen stammt bzw. die Kredite mit unseren Steuern zurückbezahlt werden müssen. Aber wie immer bleibt die deutsche "Demokratie" nur eine Farce. Wir müssen uns deshalb aktiv dafür einsetzen, dass

der Corona-Rettungsschirm nicht

Großkonzernen, sondern z. B. von Gewalt betroffenen Frauen zugutekommt.

Letztlich lässt sich das Patriarchat und damit die Gewalt

gegen Frauen aber nur überwinden, wenn die Reproduktions- und Sorgearbeit

vergesellschaftet und von beiden Geschlechtern gleichermaßen erledigt wird. Der

Kapitalismus jedoch profitiert davon, wenn diese gesellschaftlich sehr wichtige

Aufgabe von Frauen privat und vereinzelt innerhalb der bürgerlichen (Klein-)Familie verrichtet wird. Ihre Überwindung und Ersetzung durch eine höhere gesellschaftliche Organisation des Zusammenlebens muss deshalb Hand in

Hand mit einer Überwindung des Kapitalismus gehen. Das würde auch dazu führen,

dass Frauen sich gleichermaßen wie Männer auf ihre berufliche Laufbahn fokussieren können. Dafür brauchen wir eine sozialistische, proletarische Frauenbewegung als Teil einer antikapitalistischen Bewegung.

Notruf

Hilfetelefon "Gewalt gegen Frauen" (Rund um die Uhr, anonym, in 18 Sprachen): 08000 116 016

Hilfetelefon "Sexueller Missbrauch" (montags, mittwochs und freitags von 9 bis 14 Uhr sowie dienstags und donnerstags von 15 bis 20 Uhr): 0800 22 55 530

Sekt und Sexismus zum Frauenkampftag in Leipzig

von Leonie Schmidt

Am Sonntag dem 8.3. beteiligten sich insgesamt 3.000 Demonstrierende in Leipzig beim sogenannten feministischen Streik. Wenngleich eine Demo im Kampf um die Frauenbefreiung eigentlich lautstark und kämpferisch sein sollte - so war das in den meisten Blöcken nicht der Fall. Hier setzte man eher auf Technomusik, Schweigen und ein bisschen Sekt um den Kampf für mehr Frauenrechte zu besiegeln. Desweiteren entschloss man sich dazu, kämpferischen, antiimperialistischen und revolutionären Frauen die Teilnahme an der Demo zu untersagen. So positionierte sich das Bündnis über den Lauti bei der ersten Zwischenkundgebung am Wilhelm-Leuschner-Platz gegen vermeintlichen Antisemitismus (aka Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf) und verbannte Aktivist Innen von Revolution, der MLPD und dem BDS aufgrund von Antisemitsmus- und Mackertum-Vorwürfen von der Demo. Diese mündliche Durchsage wurde auch durch körperliche Auseinandersetzungen bestärkt, so wurde an Fahnen und Transpis gerissen, Aktvist Innen von Revolution geschubst und auch Genossinnen durch eine männlich gelesene Person niedergeschrien.

Ebenfalls wurden Genossinnen, welche sich vorher durch ein Megaphon mit antisexistischen Parolen Gehör verschaffen wollten, als Macker bezeichnet, da sie "zu laut und aggressiv" gesprochen haben sollen. Das Zeugt von einem sexistischen Frauenbild, wenn Frauen nur dann "gute" Frauen sind, wenn sie sich auch leise und ruhig, wie eine Frau verhalten und das selbstbewusste Auftreten als männlich wahrgenommen wird. Selbstbewusstes Auftreten von Frauen ist wichtig und sollte unterstützt werden. Wir sind stolz als Organisation Frauen in unseren Reihen zu haben, die sich nicht scheuen, ihre Meinung zu sagen und sich in die erste Reihe zu stellen. Höhepunkt war dann, dass die Genossin von einer selbsternannten Queerfeministin als "Fotze" beleidigt wurde (auf Nachfrage, wurde allerdings behauptet, es wäre nur "Halt die Fresse" gewesen). Desweiteren wurde von Seiten der Sprecherin des Bündnisses behauptet, dieser Ausschluss sei Konsens des Bündnisses gewesen und vor der Demo auf dem Plenum so beschlossen worden, das scheint aber fraglich, da es dazu keine vorherigen Veröffentlichungen gab.

Wir als revolutionäre Jugendorganisation und

Internationalist_Innen weisen dieses Vorgehen und die Vorwürfe entschieden zurück. Wir empfinden es als absolut sexistisch, dass Frauen aus revolutionären

Organisationen die Teilnahme an den Frauenstreiks/feministischen Streiks untersagt wird und sie zusätzlich ausgegrenzt, niedergeschrien und sexistisch

beleidigt werden. So wird verbale Gewalt nicht nur gedeckt, sondern auch zusätzlich durch Teilnehmer_Innen des feministischen Streiks ausgeführt. Dieser

sexistische Angriff reiht sich ein in andere, teilweise auch rassistische, Angriffe

gegen Aktivist_Innen unserer Organisation, insbesondere gegenüber Frauen und

nicht-weißen Genoss_Innen. So wurden beispielsweise bereits Genossinnen von

antideutschen Mackern angespuckt und eine kurdische Genossin aufgefordert, ihre

Koufiya abzunehmen und sich wie eine "Deutsche" zu kleiden.

Der Vorwurf des Antisemitismus gegenüber unserer

Organisation ist auch kein Neuer und wird regelmäßig wieder ausgegraben, aber

selten näher begründet. Er ist allerdings mehr als lächerlich. Wir als Revolution setzen uns regelmäßig in unseren Artikeln und Publikationen mit dem

Kampf gegen Antisemitismus auseinander

und haben uns auf Demonstrationen immer als verlässliche Kraft gegen Antisemitismus, Rassismus und Faschismus erwiesen. Der Vorwurf, unser Eintreten

für einen multiethnischen sozialistischen Staat im Nahen Osten und unserer Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf sei antisemitisch, empfinden wir somit als haltlos. Viel mehr denken wir, dass der Kampf der Palästinenser_Innen gegen patriachale Unterdrückung und sexuelle Gewalt und der

Kampf israelischer Frauen gegen Sexismus ein gemeinsamer Teil im Kampf gegen

das Patriachat sein muss.

Die Bewegung des Frauenstreiks ist eine

internationalistische Bewegung. Für uns ist klar, dass keine Frau auf dieser Welt befreit ist, solange eine andere weiterhin sexistisch unterdrückt wird. Das

Patriarchat macht nicht vor irgendwelchen Nationalstaatsgrenzen halt, kann also

nur international bekämpft werden. Wir verstehen uns als Teil des internationalen Frauenstreiks, da er überall auf der Welt die Zusammenhänge

zwischen sexualisierter Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung im globalen Norden

und globalen Süden aufzeigt. Nicht so in Leipzig. Dort werden Frauen, die sich

dem Narrativ der deutschen Außenpolitik entgegenstellen, beleidigt, als

Antisemit_innen diffamiert und zum Schweigen gebracht. Wir betrachten diesen

sexistischen Angriff im Kontext weiterer Spaltungsversuche und rassistischer Anfeindungen, wie im letzten Jahr durch den "offenen Brief aus Göttingen" geschehen, mit dem Migrant_innen aus dem Berliner Streikbündnis ausgeschlossen

werden sollten. Auch die Rote Einheit Düsseldorf wurde auf dem diesjährigen Streik beleidigt und angegriffen. Wir solidarisieren uns mit den Menschen und

Organisationen, die diesen Angriffen ausgesetzt sind und rufen dazu auf, die internationalistische Grundausrichtung des Frauenstreiks hochzuhalten, sich nicht den deutschen rassistischen Diskursen anzupassen und sich geschlossen

gegen diese Vorwürfe, verbalen und körperlichen Angriffe zu wehren.

Wir fordern eine Aufklärung dieser sexistischen Vorfälle, wir erwarten eine Erklärung vom Bündnis dazu und sind auch bereit in einen Diskussionsprozess zu gehen, aber werden es nicht dulden, dass wir diffamiert werden.

Pro Choice: Für die Selbstbestimmung über den eigenen Körper!

Leila Chang, Revolution Deutschland, Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 8, März 2020

In den letzten Jahren gab es immer wieder massive Angriffe auf Abtreibungsrechte von Frauen. Hinzu kommen die Verabschiedungen harter Abtreibungsgesetze, die jahrelang erkämpfte Reformen rückgängig machten. Ein Beispiel dafür ist der am 15. Mai 2019 beschlossene "Human Life Protection Act" des US-amerikanischen Bundesstaates Alabama. Auch wenn diese Einzelstaatenregelung durch Bundesgesetz gebrochen werden kann, verkörpert sie doch Druck auf jene. Bei diesem Antiabtreibungsgesetz handelt es sich um eines der härtesten weltweit. So soll eine Frau nur noch bei eigener Lebensgefahr abtreiben dürfen. "Strafbar wären demnach auch Abtreibungen nach Vergewaltigung oder Inzest." (siehe Tagesschau, 29.10.2019) Ein Arzt oder eine Ärztin, die solch einen Eingriff durchführt, könnte demnach bis zu 99 Jahre Gefängnisstrafe bekommen. Nach internationalem Protest wurde dieses Gesetz zwar Ende Oktober vom obersten US-Gerichtshof gestoppt. Dennoch zeigt es, in welchem Ausmaß die Angriffe auf körperliche Selbstbestimmung und Frauenrechte in unserer kapitalistischen Weltordnung stattfinden. Doch warum ist das so?

Ursachen

Hier spielen mehrere Faktoren zusammen. Der Kapitalismus profitiert von sozialen Unterdrückungen. Zum einen spaltet er die Arbeiter_Innenklasse beispielsweise nach Geschlechtern, Nationen, Sexualität oder Alter. Das verringert den Zusammenhalt innerhalb der Klasse. Zum anderen gewinnen die Kapitalist_Innen dadurch Profite. Zudem festigen sie beispielsweise die bürgerliche Familie.

Diese ist für die herrschende Klasse wichtig, weil sie die Vererbung ideologisch stützt. Große Mengen an Geld, Besitz an Produktionsmitteln und zusätzliches Kapital (z. B. in Form von Aktien) werden stets an die Kinder vererbt, um das Geld "in der Familie" zu behalten, so ähnlich wie Adelstitel in der Zeit der Feudalherrschaft vererbt wurden. Der Fortbestand dieser ist also in ihrem Interesse, auch wenn Frauen in privilegierten Positionen oftmals die Möglichkeit haben, sich "freizukaufen".

Das hat aber auch Auswirkungen auf die Arbeiter_Innenklasse. In der Regel hat diese wenig zu vererben. Hier greift aber das Interesse der Kapitalist_Innen an immer mehr Nachwuchsarbeitskräften, die für sie arbeiten. Gleichzeitig festigen solche rückschrittlichen Verbote auch die

geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Familie. Denn mit ihr gehen auch repressive Sexualmoral, Geschlechternormen, Einschränkungen der Kontrolle über den eigenen Körper, Zwangsgeburten von Kindern usw. einher. Kurz gesagt: Die repressiven frauenfeindlichen Strukturen werden so auch in der ArbeiterInnenklasse reproduziert.

Privatisierung der Reproduktion

Ebenso entscheidend ist die Verlagerung der Reproduktion in die individuelle Familie. So konnten in imperialistischen Kernländern einige Liberalisierungen durchgeführt werden. Mit der Notwendigkeit, höher qualifizierte Arbeitskräfte auszubilden und in den Produktionsprozess einzubinden, sowie Durchsetzung von Sozialversicherungsrentensystemen stützt sich das Überleben im Alter in der Arbeiter_Innenschaft immer weniger auf eigene Kinder. Bildungsreformen und Integration von Frauen in Fabrik und Büro gingen damit Hand in Hand. Deswegen konnten hier Lockerungen erzielt werden, auch wenn es aufgrund der sinkenden Geburtenrate wie in Deutschland in Ordnung ist, ein Abtreibungsgesetz aus dem Dritten Reich zu behalten- wenn auch ein modifiziertes.

Im Kontrast dazu stehen die Verhältnisse in Halbkolonien und Schwellenländern. Dort sind die eigenen Kinder meist "die" Rentenversicherung schlechthin. Kein Wunder, dass Abtreibungsverbote hier viel schärfer ausfallen.

Es geht also beim Antiabtreibungsmythos nicht um das Wohl ungeborener Kinder. Sondern vielmehr um den Erhalt einer patriarchalischen, Jahrtausende alten Gesellschaftsordnung mit dem Ziel, viele billige Arbeitskräfte für die Zukunft zu schaffen, Kapital innerhalb der kapitalistischen Familie zu vererben und Kosten bei der Reproduktion insgesamt zu sparen. So ist es kein Zufall dass in Zeiten der Krise, wo versucht wird, viele der Kosten auf die Arbeiter_Innenklasse auszulagern, sich die Angriffe auf Abtreibungsrechte verstärken. Vor allem Rechtspopulist_Innen und religiöse Fundamentalist_Innen nutzen diese auch, um die Rolle der bürgerlichen Familie, die wichtig für sie ist, zu stärken.

Protestbewegungen gegen diese Angriffe

Auf der ganzen Welt gibt es heutzutage feministische Organisationen und Demonstrationen. Die Bewegung der jährlichen "Marches of Choice" ist dafür nur ein Beispiel. Diese bekämpfte das rückschrittliche Abtreibungsgesetz in Irland, welches das strengste Europas war. Selbst nach Vergewaltigungen, Inzest oder bei einem kranken Fötus waren Schwangerschaftsabbrüche strafbar. Als Folge mussten jedes Jahr tausende Frauen nach Großbritannien reisen, um Abtreibungen durchführen zu lassen. 2012 verstarb dann die 31-jährige Savita Halappanavar an den Folgen einer zu spät vorgenommenen Abtreibung, die eine Blutvergiftung zur Folge hatte. Ihr war die Abtreibung trotz ärztlicher Empfehlung verweigert worden. So wurde 2014 eingeführt, dass Schwangerschaftsabbrüche bei der Gefahr des Lebens einer Frau durchgeführt werden durften. Weitere Proteste erzwangen ein Referendum. Nach dessen Erfolg und einer Volksabstimmung, die mehrheitlich für ein neues Abtreibungsgesetz stimmte, akzeptierte das irische Parlament 2018 ein Gesetz, das legale Abtreibungen bis zur zwölften Schwangerschaftswoche und bei bestimmten medizinischen Gründen auch später ermöglicht.

Ein weiteres Beispiel ist die deutsche Bewegung gegen die Paragraphen 218 und 219, die aus dem Dritten Reich stammen. Zuerst einmal scheint es fortschrittlich, dass Schwangerschaftsabbrüche bis zur zwölften Woche, unter bestimmten Umständen auch länger, erlaubt sind. Doch es ist nicht so einfach. Schwangerschaftsabbrüche sind nur unter bestimmten Bedingungen Zudem gibt es nicht überall flächendeckende straffrei. Abtreibungseinrichtungen, v. a. im ländlichen Raum. Kirchliche Träger verweigern den Eingriff und Abtreibungen sind nicht fester Bestandteil der Arztausbildung. Auch ist es in Deutschland für Ärzte/Ärztinnen verboten, offizielle Informationen darüber online zu stellen, weil es als "Werbung" gilt. Ebenso ist gesetzlich festgeschrieben, dass Frauen vorher ein ärztliches Gespräch führen müssen mit dem Hintersinn, die Abtreibung nicht durchführen zu lassen. Gegen diese Einschränkungen gibt es seit Jahren Demonstrationen. Im Februar 2018 war es schließlich so weit, dass mehrere Gesetzesentwürfe zur Aufhebung der Artikel entstanden. Jedoch wurden sie

allesamt von der Großen Koalition trotz Versprechen der SPD abgelehnt. Tausende Frauen beteiligen sich in den letzten Jahren an den Demonstrationen, auch wenn bisher keine Veränderung erreicht wurde.

Beide Beispiele stehen hier nur stellvertretend für hunderte von anderen Frauenbewegungen weltweit. Ob Polen, Spanien, Argentinen: der Kampf um die Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist allgegenwärtig. Trotzdem wurden bisher nur eingeschränkte, regionale Erfolge erreicht. Deswegen müssen wir uns fragen, wie wir erfolgreich für das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper kämpfen können.

Arbeiter_Inneneinheitsfront für freie Abtreibung

Statt nur auf Angriffe zu reagieren, müssen wir selbst Verbesserungen erkämpfen. Deswegen muss der Kampf für das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper damit verbunden werden, dass wir für kostenlose Abtreibungen und Verhütungsmittel eintreten oder, dort wo nicht vorhanden, für staatliche Krankenversicherungen. Um das zu erreichen müssen wir die Organisationen der Arbeiter_Innenklasse klar auffordern für diese Kampagne einzutreten und zu mobilisieren.

Gewerkschaften beispielsweise waren für die Arbeiter_Innenklasse schon seit Beginn des Klassenkampfes eine Möglichkeit, sich zu organisieren und für ihre Rechte einzutreten. Mit Streik als Mittel können sie ökonomischen und politischen Druck aufbauen. Ein erster Schritt dahin wäre beispielsweise: Die Betriebsräte könnten dazu Betriebsversammlungen einberufen, wo diese Frage diskutiert wird. Im Rahmen von Aktionstagen und für die Durchführung eines politischen Streiks gegen die Gesetze wäre es wichtig, Streik- und/oder Aktionskomitees zu gründen, die vor Ort mobilisieren.

Ebenso können Gewerkschaften internationale Kooperation gewährleisten, z. B. von zentralen, internationalen Aktionstagen zum Thema Abtreibungsrechte. Dies ist wichtig, um die unterschiedlichen Protestbewegungen international zu koordinieren. Schließlich existiert die Unterdrückung nicht nur in einem Land und zusammen können wir mehr

Druck aufbauen. Trotzdem bringen Gewerkschaften auch einige Probleme mit sich. Gerade in Berufen, die Dienstleistungen anbieten und oft verstärkt durch Frauen besetzt werden, organisieren sich nur wenige Arbeiter_Innen darin. Ebenso existiert eine Gewerkschaftsbürokratie, deren Interesse eher der Erhalt der eigenen Stellung ist, als Fortschritte für die gesamte Klasse zu erkämpfen. Deswegen beschränken sie sich eher darauf, ihren Frieden mit dem jetzigen System zu machen und sich auf das Feilschen um Lohn und Arbeitsbedingungen zu reduzieren. Revolutionäre Kommunist_Innen müssen sich darum für eine klassenkämpferische, antibürokratische Basisbewegung einsetzen, die der bürokratischen Spitze die Gewerkschaften entreißt, um sie zu einem Glied in den Reihen des Kampfes für den Sozialismus umzugestalten.

Daher fordern wir national und international:

- Hände weg von unseren Körpern! Raus mit der Kirche und anderen Religionen aus Gesundheitssystem und Gesetzgebung! Für Abschaffung aller Abtreibungsparagraphen sowie der Beratungspflicht!
- Für den flächendeckenden Ausbau an Beratungs- und Behandlungsstellen! Vollständige Übernahme der Kosten für eine Abtreibung, egal in welchem Monat, und aller Kosten für Verhütungsmittel durch den Staat!
- Für die Abschaffung von Fristen, bis zu denen abgetrieben werden darf! Für die ärztliche Entscheidungsfreiheit, lebensfähige Kinder zu entbinden!
- Gegen leibliche Zwangselternschaft für so geborene Kinder! Der Staat soll für sie aufkommen und sich um sie kümmern bzw. zur Adoption freigeben! Adoptionsvorrang für leibliche/n Vater und/oder Mutter, falls sie das Kind später großziehen wollen und dieses zustimmt!
- Für den Ausbau von Schutzräumen für Opfer sexueller Gewalt, Schwangere und junge Mütter!

Die Lage von Trans- und Inter-Personen

Nina Awarie, REVOLUTION Deutschland, Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 8, März 2020

In den vergangenen

Jahrzehnten wurden weltweit viele juristische und gesellschaftliche Zugeständnisse seitens der Herrschenden gemacht oder seitens der LGBTIA-Bewegung erkämpft. In Deutschland haben seit 2017 beispielsweise gleichgeschlechtliche Paare die Möglichkeit, eine zivile Ehe zu schließen. Auch

in 22 weiteren Staaten wie den USA, Irland oder Südafrika können gleichgeschlechtliche Paare heiraten, also die gleichen bürgerlichen Rechte wie

Heteropaare wahrnehmen. Allerdings heißt die gestiegene formelle Akzeptanz

nicht, dass es in diesen Ländern keine Diskriminierung von Homosexualität im

Alltag gibt. Auch darf man nicht außer Acht lassen, dass in mehr als 70 Staaten, also im Großteil der Welt, auf homosexuelle Handlungen eine Gefängnis-

oder sogar die Todesstrafe steht. Daneben kommt in der öffentlichen Wahrnehmung

die rechtliche und soziale Lage von Inter- und Trans-Menschen zu kurz.

Situation von Transgendern ...

Der Begriff Transgender

wurde vor allem von John F. Oliven von der Columbia University in seiner

Arbeit

"Sexual Hygiene and Pathology" aus dem Jahre 1965 geprägt. Dieser ist weiter

gefasst als der der Transsexualität und gleichzeitig auch zutreffender, denn bei Gender (sozialem/psychologischem Geschlecht) handelt es sich natürlich um die

Geschlechterrolle und nicht um das biologische

Geschlecht. Der Begriff Transgender schließt aber auch all diejenigen mit ein, die sich non-binär nennen, sich also weder eindeutig männlich noch eindeutig weiblich identifizieren. Studien zufolge sind bis zu 0,26 % der Menschen trans, wobei die Dunkelziffer wesentlich größer sein dürfte. Dies hat

vor allem mit einer gesellschaftlichen Tabuisierung des Themas, aber auch teilweise mit staatlichen Repressionen zu tun. Außerdem ist auch die erschreckend hohe Suizidrate unter Trans-Personen auffällig. Demnach hat in

Großbritannien Umfragen zufolge fast die Hälfte aller jugendlichen Transgender

einen oder mehrere Selbstmordversuche hinter sich und laut einer kanadischen

Untersuchung haben im Bundesstaat Ontario bereits 78 % alles Trans-Personen einen oder mehrere Versuche unternommen, sich das Leben zu

nehmen.

Wenn man nun die

rechtliche Situation von Trans-Personen allein in Deutschland betrachtet, stößt

man zunächst auf einen riesigen, kaum zu durchblickenden Paragraphendschungel.

Das liegt einerseits an dem großen bürokratischen Aufwand im Falle einer Geschlechtsangleichung, andererseits an den vielen juristischen Schwächen des

Transexuellengesetzes (TSG). Das TSG trat 1980 in Kraft, wurde aber im Laufe

der Jahre häufig geändert, da viele Inhalte auf Beschwerden von Betroffenen hin

vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt wurden.

Beispielsweise durften Personen unter 25 Jahren im ersten Entwurf des TSG weder

eine Vornamensänderung ("kleine Lösung") noch eine Personenstandsänderung

("große Lösung") durchführen. Auch ging das TSG ursprünglich davon aus, dass

alle Trans-Personen heterosexuell seien. Folglich konnte die "kleine Lösung", also die Vornamensänderung, vom Gesetzgeber wieder rückgängig gemacht werden,

wenn die Person eine andere des gleichen Geschlechts heiratete oder innerhalb

von 300 Tagen nach der Namensänderung ein Kind bekam. Eine der heftigsten

Forderungen des TSG an die betroffenen Personen war aber der erforderliche

Nachweis einer Sterilisation, um den Personenstand ändern lassen zu können.

Noch bis 2011 wurde das TSG auf diese Weise umgesetzt und bis heute kann der

Personenstand nicht rückwirkend, also auch auf der Geburtsurkunde, geändert

werden. Neben dem Paragraphendschungel stellt die Kostenübernahme durch die

Krankenkassen ein Problem dar. Diese sind zwar gesetzlich zur Kostenübernahme

verpflichtet. Welche Eingriffe und Behandlungen die Kassen aber tatsächlich übernehmen,

variiert stark. Generell ist die Bürokratisierung des Verfahrens – allein für eine Vornamensänderung – eine unzumutbare Belastung. Die Person muss demnach

mindestens drei Jahre in der Geschlechterrolle "leben", der sie sich "zugehörig"

fühlt, und sich diese "Zugehörigkeit" von zwei unabhängigen Gutachter Innen vor

dem Amtsgericht bestätigen lassen. Für Jugendliche, die ihr Geschlecht angleichen wollen, gibt es daneben noch eine andere Hürde: die eigenen Eltern.

Denn für die Einnahme von Hormonen oder Operationen braucht man deren Erlaubnis

und ist somit ihrer Willkür ausgesetzt. Das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper wird also in allen Fällen massiv beschnitten.

... und

Inter-Personen

Intersexuell sind

Menschen, die weder dem biologisch männlichen noch dem weiblichen Geschlecht

eindeutig zugeordnet werden können. Das kann genetische, anatomische und hormonelle Ursachen haben. Schätzungsweise kommt jedes tausendste Kind intersexuell auf die Welt.

Etliche dieser

Menschen wurden vom 20. Jahrhundert bis zum heutigen Tag zwangsweise hormonell

behandelt, genital verstümmelt, sterilisiert und für eine binäre

Geschlechterordnung "passend" gemacht – das alles in einem Alter, in dem es

unmöglich zu wissen ist, wie sich die Person selber sieht bzw. sich entwickeln würde.

Diese brutale

Praxis geht auf die These des Psychologen John Money aus den 1950er Jahren

zurück. In seiner "Optimal Gender Policy" behauptete er, dass man Kinder zu Männern oder Frauen "erziehen" könnte, wenn man nur die körperlichen Besonderheiten vor dem zweiten Lebensjahr einem der beiden Geschlechter angleiche. Auch wenn Forschungen belegen, dass die Geschlechtsidentität von den

körperlichen Merkmalen losgelöst sein kann und viele der zwangsoperierten, intersexuellen Menschen lebenslang unter Depressionen, körperlichen Schmerzen

und Traumata zu leiden haben, hält sich diese These in der Medizin teilweise noch heute. So heißt es in einem laut Amnesty International erst 2013 neu aufgelegten Fachbuch für Kinderärzt_innen: "Die operative Korrektur soll so früh durchgeführt werden, dass die Mädchen sich später ihrer Intersexualität nicht erinnern, also im Säuglingsalter, spätestens im zweiten bis dritten Lebensjahr."

In Deutschland gab

es rechtlich gesehen 2013 eine Reform des Personenstandsgesetzes. Diese beinhaltete, dass, wenn das Kind weder dem weiblichen noch dem männlichen

Geschlecht zugeordnet werden kann, es ohne eine solche Angabe in das Geburtenregister eingetragen werden darf. Während liberale Teile des Bundestages dies als großer Erfolg feierten und Volker Beck gar von einer "kleinen Revolution" sprach, gab es schon damals seitens der Betroffenenverbände Kritik an dieser Reform. Erst ab dem 10. Oktober 2017 war

die Eintragung als "inter" oder "divers" im Geburtenregister möglich, was ein

Fortschritt ist, aber weiterhin an rein körperlichen Merkmalen festgemacht wird

und damit nicht-binäre Trans-Personen ausschließt. Ein ausdrückliches Verbot

von medizinisch nicht notwendigen, kosmetischen Genitaloperationen an Kindern

gibt es bis heute nicht.

Was hat das

Ganze denn jetzt mit der bürgerlichen Gesellschaft zu tun?

Ob nun durch

konservative Politiker_Innen, religiöse Institutionen, Medien oder Werbung: Die

Gesellschaft reproduziert tagtäglich ein reaktionäres Familienbild. In der bürgerlichen

Familie sind die Rollen klar verteilt: Der Mann ernährt als Hauptverdiener die

Familie, während die Frau bestenfalls noch etwas dazuverdienen darf, sich aber

hauptsächlich um den Haushalt und die Kindererziehung kümmert.

Dies geschieht

nicht rein zufällig, sondern ist einfach eine Ideologie und Praxis, die für den Kapitalismus besonders profitabel ist. So werden durch das Idealbild der Familie die Erbschaftverhältnisse der Herrschenden geregelt, während die ganze

Reproduktionsarbeit der Arbeiter_Innenklasse unentgeltlich im Privaten stattfindet. Menschen, die nun nicht in dieses cis- und heteronormative Gesellschaftsbild hineinpassen, sind der bürgerlichen Gesellschaft natürlich ein Dorn im Auge, denn mit ihrer bloßen Existenz stellen sie eine Gesellschaftsordnung

in Frage, in der es "natürlich" scheint, dass Männer arbeiten, Frauen Hausarbeit verrichten, und es normal ist, dass nur heterosexuelle Paare Kinder

bekommen.

Auch wenn schon

einige Errungenschaften erkämpft worden sind und die gesellschaftliche Akzeptanz von Trans-und Inter-Personen in den letzten Jahren leicht gestiegen

ist, so ist diese Entwicklung mit Vorsicht zu genießen. Zum einen sind noch längst nicht alle Rechte erstritten worden, zum anderen ist auch ein Rollback in Bezug auf Geschlechterrollen zu beobachten. Der politische Rechtsruck, der

international verbreitet ist und in Deutschland seinen Ausdruck im Erstarken der AfD findet, stellt eine große Gefahr für die Errungenschaften der LGBTIA-Bewegung dar. Da Trans- und Interphobie unmittelbar mit der Existenz der

bürgerlichen Gesellschaft, also der kapitalistischen Klassengesellschaft verbunden sind, reicht es nicht aus, sie nur separat bekämpfen zu wollen. Man

muss diesen reaktionären Ideologien ihre materielle Basis entziehen, also den

Kampf gegen LGBTIA-Feindlichkeit mit dem Kampf gegen den Kapitalismus verbinden.

Wir wollen

gemeinsam für eine Gesellschaft eintreten, in der alle Menschen ungeachtet ihres biologischen oder gesellschaftlichen Geschlechts gleichberechtigt und gefahrenfrei leben können. Daher fordern wir:

- Intersex vollständig legalisieren! Verbot medizinisch nicht notwendiger, kosmetischer Genitaloperationen an Kindern!
- Kostenlose Beratung und operative, geschlechtsangleichende Behandlung, wenn dies von der betroffenen Person gewünscht wird!
 Für das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper!
- Kampf der Diskriminierung in Beruf und Alltag! Für breite Aufklärungskampagnen und Selbstverteidigungskomitees der Unterdrückten in Verbindung mit der Arbeiter Innenbewegung!
- Für das Recht auf gesonderte Treffen in den Organisationen der Arbeiter_Innenbewegung, um den Kampf für Gleichberechtigung voranzutreiben und gegen diskriminierendes und chauvinistisches Verhalten vorzugehen!

Flucht und Sexismus

Lydia Humphries, Unterstützerin Red Flag Großbritannien, Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 8, März 2020

Die Reisen von Frauen, intersexuellen und nichtbinären

Menschen, die nach Großbritannien einwandern, werden durch die Bedrohung durch

sexuelle Übergriffe, Ausbeutung und Gewalt erschwert und gefährlich. Wenn sie

in Großbritannien ankommen, sehen sie sich den rassistischfrauenfeindlichen, -homophoben

und -transphoben Strukturen des britischen Einwanderungssystems gegenüber.

Die unmenschlichen Praktiken der Inhaftierung in Abschiebezentren für EinwanderInnen (IRCs) werden durch die institutionell vorherrschenden sexuellen Übergriffe verstärkt. Viele der Personen in den IRCs fliehen bereits vor Missbrauch, was ihre Inhaftierung nach britischem Recht illegal macht. Aber

eine gut dokumentierte "Kultur des Unglaubens", die in der "feindlichen Umgebung" Großbritanniens eingebettet ist, lässt MigrantInnen, die sexuelle Übergriffe überlebt haben, oft schutzlos zurück. Eine solche Ungläubigkeit konfrontiert LGBTQI+-Menschen, die vor Verfolgung wegen ihrer Sexualität oder

geschlechtlichen Identität fliehen, wobei viele gezwungen sind, ihre Unterdrückung vor Berufungsgerichten zu "beweisen", und ihnen diese dennoch

immer noch nicht geglaubt wird.

Die AktivistInnen arbeiten gegen die volle Kraft des rassistischen und chauvinistischen britischen Staates, um auf die Entmenschlichung von MigrantInnen aufmerksam zu machen. Im Jahr 2018 traten 120

Menschen in Yarl's Wood in den Hungerstreik, um gegen die unbefristete

Haft,

ausbeuterische Arbeit, den Mangel an angemessener medizinischer Versorgung und

die nicht freiwillige Abschiebung zu protestieren, neben geschlechtsspezifischeren Themen wie der Inhaftierung von

Missbrauchsüberlebenden. Im Jahr 2016 enthüllten Stonewall und die Lesben- und

Schwulen-Immigrationsgruppe des Vereinigten Königreichs den fehlenden Zugang zu

Medikamenten, Schutz und "sicherer Zuflucht" für LGBTQI+-Personen in Haft.

An anderer Stelle protestierte der Südost-Londoner Zweig der feministischen Direktaktionsgruppe Sisters Uncut gegen die Anstellung von EinwanderungsbeamtInnen in den örtlichen Diensten für häusliche Gewalt und

beleuchtete, wie zwischenmenschliche und staatliche Gewalt ineinandergreifen,

so dass Frauen und nichtbinäre MigrantInnen aus Angst vor Abschiebung ihre Täter

nicht verlassen können. Diese Kampagne lenkte auch die Aufmerksamkeit auf die

Auswirkungen von No Recourse to Public Funds (Kein Rückgriff auf öffentliche

Gelder; NRPF), einer Bedingung für den Einwanderungsstatus aus

Nicht-EU-Ländern, die MigrantInnen und Asylsuchenden den Zugang zu sozialen

Ressourcen wie Flüchtlingsbetten verwehrt, wogegen die sich die Labour-Kampagne

für Freizügigkeit wendet.

Während solche Kampagnen diese Themen weiter ins politische Rampenlicht gerückt haben, waren die Reaktionen der PolitikerInnen frustrierend

unzulänglich. In ihrem Manifest für 2019 verpflichtete sich die Labour Party

zur Schließung der berüchtigten, gewalttätigen Gefangenenlager Yarl's Wood und

Brook House, ohne sich jedoch unmissverständlich gegen die Einwanderungshaft auszusprechen.

Darüber hinaus lösen PolitikerInnen oft die Probleme, mit

denen Migrantinnen konfrontiert sind, von dem "feindlichen Umfeld" und den

damit verbundenen Sparmaßnahmen ab, in die sie eingebettet sind. Ein Beispiel

für diese Praxis ist der Fokus liberaler feministischer Abgeordneter auf den Sexhandel. Wie die Autorinnen von "Revolting Prostitutes", Molly Smith und Juno

Mac, argumentieren, stellen Kampagnen gegen den Menschenhandel ihn oft so dar,

als ob einzelne Männer die Frauen in eine böse Sexindustrie entführen, und leugnen die Tatsache, dass der Menschenhandel oft dann stattfindet, wenn diejenigen, die bereits migrieren wollen, aufgrund des Mangels an sicheren, erschwinglichen und legalen Wegen, über die sie sich bewegen können, der Ausbeutung ausgesetzt werden.

Solche Kampagnen führen oft zu Forderungen nach der

Kriminalisierung von Sexarbeit als Lösung für den Menschenhandel. Die Labour-Abgeordneten Jess Phillips und Sarah Champion, prominente Mitarbeiterinnen

des parteiübergreifenden parlamentarischen Ausschusses "Prostitution und weltweiter Sexhandel", spiegeln diesen Gedankengang wider. Sie verknüpfen routinemäßig Menschenhandel mit Sexarbeit und nutzen ihre Unterstützung für die

Opfer des Menschenhandels, um für das nordische Modell zu werben, eine Politik,

für die Jeremy Corbyn ebenfalls vage Lippenbekenntnisse abgegeben hat, die Käufer von Sexarbeit und Dritte, die mit dieser in Verbindung stehen, kriminalisieren würde.

Wie SexarbeiterInnen in aller Welt argumentieren, würde jede Form der Kriminalisierung das Überleben von SexarbeiterInnen grundlegend erschweren. Dazu gehören auch migrantische SexarbeiterInnen, die sich möglicherweise für Sexarbeit entscheiden, weil sie keine gesetzlichen Rechte auf Arbeit oder den Zugang zu Sozialleistungen haben, Aspekte eines "feindlichen

Umfelds", die tief mit denselben gewaltsam rassistischen Grenzen verflochten

sind, die andere für MenschenhändlerInnen anfällig machen.

So übersieht die Verschmelzung von Sexarbeit und

Menschenhandel - die Schuld für beides wird der männlichen Gewalt zugeschoben -

die Art und Weise, in der beide als unterschiedliche geschlechtsspezifische Manifestationen der rassistischen und migrantenfeindlichen Strukturen der Klassengesellschaft angesehen werden können, die zu überleben versucht wird.

Sie ignoriert auch die Realität, dass die Wege in die Sexarbeit, auch für MigrantInnen, oft durch einen Mangel an gut bezahlten alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten und durch Kürzungen der Sozialleistungen, die den

Schwächsten schaden, genährt werden. Eine solche Rhetorik verschleiert also die

gemeinsamen Unterdrückungen zwischen MigrantInnen und anderen Menschen aus der

ArbeiterInnenklasse, was den Aufbau von Solidarität zwischen den Gruppen erschwert.

Dieser Fokus auf den Menschenhandel trägt auch dazu bei,

dass die gewalttätigen patriarchalischen Kräfte in den halbkolonialen Ländern

vereinfacht mit dem Vereinigten Königreich kontrastiert werden, das als liberaler sicherer Hafen für Frauen und LGBTQI+- Menschen dargestellt wird.

PolitikerInnen aller Couleur haben diese Rhetorik wiedergekäut. Wie die

Schriftstellerin Maya Goodfellow argumentiert, verschleiert die Förderung Großbritanniens als ein einladender, fortschrittlicher Staat seine gewaltsam kolonialistische Geschichte und seine bewusst "feindliche" Gegenwart.

Jede linke oder sozialistische Alternative muss diese

Rhetorik grundlegend in Frage stellen. Wir müssen erkennen, dass die miteinander verflochtene Einwanderungs- und Sparpolitik Großbritanniens entscheidend zur gewaltsamen Unterdrückung von Frauen und nichtbinären MigrantInnen

beiträgt. Dies muss ein Engagement für offene Grenzen und die Bereitstellung

sicherer Migrationsrouten durch Europa und darüber hinaus einschließen, wobei

das "feindliche Umfeld" in Frage gestellt werden muss, das Frauen und LGBTQI+-Asylsuchende weiter dem Missbrauch aussetzt und sie dann zwingt, diesen

Missbrauch erneut zu erleben, um Zuflucht zu finden. Es gibt keine "humanen"

Gefangenenlager, und der Kampf für Frauenrechte muss den für die Beendigung der

unbefristeten Haft und die Schließung von IRCs für EinwanderInnen einschließen.

Die Unterstützung für die Opfer von Menschenhandel muss mit der Unterstützung

der Rechte von SexarbeiterInnen einhergehen, wobei die entscheidenden Unterschiede

zwischen Menschenhandel und Sexarbeit anerkannt werden müssen. Dennoch muss man

verstehen, wie beide mit einem Kontext von Grenzen, Sparmaßnahmen und dem

Mangel an sicheren, legalen Alternativen zusammenhängen. Grundsätzlich müssen

wir anerkennen, dass die Rechte von Frauen und MigrantInnen Klassenfragen und

ein integraler Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus sind.

LGBTQ in Tunesien: Interview mit einem tunesischen Aktivisten

Robert Teller, Gruppe ArbeiterInnenmacht Deutschland, Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 8, März 2020

Alaa Khemiri ist ein tunesischer Rechtsanwalt, der auf die Verteidigung von LGBTQ-Menschen vor staatlicher Repression spezialisiert ist. Er ist seit der Revolution von 2011 ein Aktivist in der tunesischen Linken.

Hallo Alaa. Du bist Rechtsanwalt und verteidigst LGBT-Menschen, die in Tunesien von staatlicher Repression betroffen sind. Wie sieht diese Repression aus?

Die LGBT-Community wird vom tunesischen

Staat mithilfe des Strafrechts verfolgt. Gemäß Artikel 230 des Strafgesetzbuchs

steht auf homosexuellen Geschlechtsverkehr bis zu 3 Jahre Gefängnis und eine

zusätzliche Geldstrafe. Artikel 226 richtet sich gegen Transgender-Personen, weil diese die "öffentliche Moral" verletzen. Darüberhinaus sind die tunesischen Gerichte Homosexuellen gegenüber feindlich eingestellt. Sie wenden

nicht nur die genannten Paragraphen an, sie gehen sogar über die gesetzlichen

Straftatbestände hinaus und behandeln die homosexuelle Identität als Verbrechen, obwohl Artikel 230 nur den Geschlechtsverkehr kriminalisiert und

nicht bereits die sexuelle Orientierung.

In der Praxis wandern Homosexuelle ins

Gefängnis, ob sie sexuelle Beziehungen hatten oder nicht. Die tunesischen Gerichte ordnen bei männlichen Homosexuellen Anal-Untersuchungen an, um

sexuelle Kontakte nachzuweisen. Andere Gerichte gehen sogar noch weiter. Manchmal reicht es aus, dass ein Mann "verweiblicht" erscheint, damit ein Gericht ihn als Homosexuellen ansieht und entsprechend bestraft.

Lesbische Frauen und bisexuelle Frauen und

Männer haben es etwas leichter. Gerichte können Homosexualität bei Frauen nur

schwer nachweisen, weil kein medizinischer oder sonstiger "Test" hierfür anerkannt ist. Auch bisexuelle Männer können nur schwer der Homosexualität

"überführt" werden, sofern sie mit einer Frau verheiratet oder verlobt sind. Die Heirat verleiht ihnen eine soziale Legitimität. Viele Homosexuelle heiraten

aus diesem Grund, um ihre wirkliche Identität zu verbergen und gesellschaftlicher

Stigmatisierung und Ausgrenzung zu entgehen.

Tunesien scheint nach der Wahl von Kais

Saied von einer Welle des Populismus erfasst zu sein, wie auch viele andere

Länder. Denkst du, dass es für LGBT-Menschen schwieriger wird?

Die rechtliche Situation für Homosexuelle

hat sich nicht verändert. Aber die Äußerungen von Kais Saied vor der Wahl waren

homophob und populistisch. Für ihn ist Homosexualität pervers und ein Virus,

das der Westen verbreitet hat, um die tunesische Gesellschaft zu zerstören.

Auf welche Weise sind junge LGBT-Menschen

speziell von Unterdrückung betroffen, etwa in der Schule, an der Uni oder in ihrer Familie?

Abgesehen von der systematischen

rechtlichen Unterdrückung erfahren Homosexuelle gesellschaftlichen Hass und

Zurückweisung. Viele Familien werfen ihr Kind aus dem Haus, wenn sie von seiner

Homosexualität erfahren – um Einschüchterung durch die erweiterte Großfamilie

oder das soziale Umfeld zu vermeiden. Auch in Schulen werden Homosexuelle Opfer

von Hass und Einschüchterung, und deshalb versuchen sie normalerweise, ihre

sexuelle Identität zu verheimlichen und dem gesellschaftlichen Mainstream zu

folgen, um gesellschaftlicher Ausgrenzung und staatlicher Repression zu entgehen.

Welche Gründe hat die Diskriminierung von LGBT-Personen, abgesehen von den gesetzlichen Regelungen?

Die Ausgrenzung entspringt der islamischen

Doktrin und den islamischen Institutionen. Der orthodoxe Islam sieht als Strafe

für Homosexualität die Todesstrafe vor. Der islamische Diskurs in Tunesien ist

hasserfüllt, Homosexuelle werden als pervers oder krank betrachtet. Die islamischen Institutionen sind das größte Hindernis für Gleichberechtigung.

Staat, Religion und Gesellschaft

akzeptieren in Tunesien Homosexualität nicht, sie verbreiten Propaganda, um deren

sexuelle Identität zu erniedrigen, die sie als Bedrohung für Werte und Moral der Gesellschaft betrachten. Die tunesische Gesellschaft ist für ihren Konservatismus bekannt. Sogar viele Abgeordnete betrachten Homosexualität als Sünde.

Die Tunesische Revolution hat den Klassenkampf in Tunesien stark bestimmt. Gab es seither Verbesserungen bei den Rechten von LGBT-Menschen?

Der einzige Fortschritt ist, dass das Thema

nun öffentlich debattiert wird. Vor 2011 war es ein Tabu, man konnte es nicht

öffentlich ansprechen. Das ist der Verdienst von LGBTQ-Vereinigungen, die das

Thema in die Öffentlichkeit gebracht haben.

Welche Positionen gibt es in den traditionellen Organisationen der tunesischen Linken dazu? Ist sexuelle

Befreiung für sie eine Priorität?

Die traditionelle Linke ist konservativ und

betrachtet LGBTQ-Rechte nicht als Priorität ihres Kampfes. Selbst wenn dieses

Thema diskutiert wird, verteidigen die konservativen Linken die LGBT-Community

nicht. Sie betrachten das als zweitrangig gegenüber der Verteidigung ökonomischer und sozialer Errungenschaften.

Wie organisieren sich LGBT-Menschen in Tunesien, um für ihre Rechte zu kämpfen? Was ist deiner Meinung nach notwendig, um den Kampf voranzubringen?

Nach der Revolution 2011 haben sich viele

Vereinigungen gegründet, die das Ziel haben, die LGBTQ-Community zu verteidigen

– und zwar zum ersten Mal in der Geschichte Tunesiens und der arabischen Welt

überhaupt. Es gibt mehr als 5 verschiedene Organisationen, die sich der gegenseitigen Hilfe und Verteidigung der LGBTQ-Community verschrieben haben,

etwa die Organisationen "Shams", "Damj" und "We exist".

Diese Organisationen machen kontinuierlich

öffentliche Kampagnen. Eine von ihnen veranstaltet seit 2015 ein jährliches Festival für Queer-Kultur. Shams hat einen eigenen Radiosender gestartet, "Shams Rad", der die Belange der LGBTQ-Community verteidigt.

Dennoch, die Strategie bei den meisten

dieser Organisationen zielt nicht darauf ab, die gesellschaftliche Wahrnehmung

gegenüber LGBTQ-Menschen zu verändern, sondern durch Lobbyarbeit auf die

liberalen Kräfte einzuwirken, um die homophobe Gesetzgebung zu beseitigen. Sie

finden es zu schwer, die gesellschaftlichen Ansichten über die homosexuelle Identität in der tunesischen Gesellschaft ändern zu wollen.

Sie versuchen durch Öffentlichkeitsarbeit,

die liberalen Kräfte und die ausländischen Stiftungen in Tunesien zu sensibilisieren, um damit politische Entscheidungen zu beeinflussen. Ich denke,

die Community sollte geschlossen auftreten und Druck auf das Parlament ausüben,

die homophobe Gesetzgebung zu ändern.

Tunesien wird oft als das

fortschrittlichste nordafrikanische Land beschrieben, was Frauenrechte

betrifft. Trifft das zu, und widerspricht das der Situation von LGBT-Personen?

Die tunesische Gesetzgebung in Hinblick auf

die Rechte von Frauen ist tatsächlich die fortschrittlichste in ganz Nordafrika und dem Nahen Osten, aber das gilt eben nicht für die LGBTQ-Gesetzgebung ist genauso reaktionär wie überall im arabischen Raum.

Rechtsruck: Warum sind die Rechten so reaktionär gegenüber Frauen?

Saskia Wolf, Revolution Deutschland, Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 8, März 2020

Ob nun in den USA durch Trump, Duterte auf den Philippinen,

Modi in Indien, Le Pen in Frankreich oder die AfD in Deutschland, seit mehreren

Jahren erleben wir international ein Erstarken der Rechten. Dies geht einher mit Asylgesetzverschärfungen, Abschiebekampagnen, Angriffen auf Geflüchtete und

Migrant_Innen. Aber nicht nur Nationalismus und Rassismus nehmen zu. Auch

Angriffe auf demokratische Grundrechte und fortschrittliche Gesetze für Frauen

und die Frauenbewegung gehen damit einher. Wir schreiben also das Jahr 2020.

Anstatt dass wir der Befreiung aus der sexuellen Unterdrückung näherkommen,

gibt es ein Rollback für Frauen, ein Zurückwerfen auf ihre Rolle als Mutter und

Hausfrau. Aber warum haben rechte und konservative Kräfte es auf die Freiheit

der Frauen abgesehen?

Seit der Weltwirtschaftskrise 2007/08 hat sich die

Konkurrenz zwischen den einzelnen Kapitalist_Innen und ihren Staaten verschärft.

Es kam zu einer massiven Konzentration von Kapital. Gerade die größeren Monopole konnten davon profitieren, während kleinere Unternehmen nicht mithalten konnten.

Kleinere UnternehmerInnen,

auch gerne als Mittelstand bezeichnet, haben Angst, ihre Stellung zu verlieren

und pleitezugehen. Getrieben von der Angst des sozialen Abstieges fangen sie

an, laut herumzubrüllen: Protektionismus, Nationalchauvinismus, Standortborniertheit, das sind ihre Argumente, um sich zu schützen. Kurz gesagt: Sie wollen das Rad der Geschichte zurückdrehen, um nicht ihren Reichtum

zu verlieren. Sie wollen den globalen Kapitalismus also auf reaktionäre Art bekämpfen.

Mit der Fokussierung

auf Nationalstaat und Protektionismus geht auch einher, dass das Ideal der "bürgerlichen Familie" gestärkt werden muss. Denn im Kapitalismus ist die Arbeiter_Innenfamilie der Ort, wo unbezahlte Reproduktionsarbeit stattfindet.

Ob nun Kindererziehung, Altenpflege, Waschen oder Kochen - all das reproduziert

die Arbeitskraft der einzelnen Arbeiter_Innen und sorgt gleichzeitig dafür, dass dem Kapital die Produktivkraft nicht ausgeht. Oftmals wird diese unbezahlte Hausarbeit von Frauen verrichtet. Diese Arbeitsteilung wird dadurch

gefestigt, dass Frauen weniger Lohn als Männer bekommen und sie somit nach

einer Schwangerschaft eher zu Hause bleiben. So verdienen beispielsweise Frauen

im Schnitt 22 % weniger als Männer, machen 75 % der Beschäftigten in

sozialen Berufen aus und arbeiten immer noch doppelt so lang im Haushalt wie

Männer. Im Kontrast dazu stehen erkämpfte Rechte von Frauen und LGBTIAs. Ob nun

Legalisierung von Homosexualität, die Gleichstellungsgesetze, das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper – all das lehnen die Reaktionär Innen

mit aller Macht ab. Denn diese Errungenschaften greifen das Idealbild der Familie an, auf das sie stark angewiesen, sind damit ihre protektionistische Vorstellung der Nation Wirklichkeit wird.

Warum sind sie erfolgreich?

Um erfolgreich gegen rechts zu kämpfen, müssen wir verstehen, warum diese überhaupt so stark geworden sind. Ein zentraler Grund

dabei ist die Führungskrise der Arbeiter_Innenklasse. Nach der Finanzkrise stieg nicht nur die Konkurrenz unter den Kapitalist_Innen. Große Teile der Krisenkosten wurden auf die Arbeiter_Innenklasse abgewälzt in Form von Sparmaßnahmen,

Entlassungen und dem Ausbau des Niedriglohnsektors. Das sorgte dafür, dass

große Teile der Klasse in Armut abrutschten. Dabei konnten weder Sozialdemokratie noch Gewerkschaften die Lage verbessern. Vielmehr verwalteten

sie diese Politik im Interesse des Kapitals mit. Die desillusionierten Teile der Arbeiter_Innenklasse wenden sich daraufhin den Versprechungen der Populist_Innen zu.

Was tun?

Gegen Rechtspopulist_Innen und Reaktionär_Innen bedarf es einer antirassistischen Arbeiter_Inneneinheitsfront, nicht nur gemeinsamen Kampfs mit den Bürgerlichen gegen rechtliche Einschränkungen. So nennen wir einen Zusammenschluss zwischen Organisationen der Arbeiter_Innenklasse für

Klassenziele, die z.B. die liberalen Elemente nicht teilen, und mit Kampfmitteln wie Streiks, über die andere Klassen nicht verfügen. Im Zuge dessen bedarf es zentraler Aktionstage, bei denen alle Beteiligten mobilisieren. Dabei ist es wichtig, nicht nur formal zu einer Demo aufzurufen, sondern klar zu fordern, dass die Basis der Organisationen in die Mobilisierung

einbezogen wird. Das bedeutet, dafür einzutreten, dass es Vollversammlungen und

Aktionskomitees an Schulen, Unis und in

Betrieben gibt, die sich im Rahmen der Mobilisierungen mit der aktuellen Politik auseinandersetzen und sich fragen: Wie kann hier konkret eine fortschrittliche Politik aussehen? Das sorgt dafür, dass an den Orten, an denen

wir uns tagtäglich bewegen müssen, eine bewusste politische Auseinandersetzung

anfängt und zeitgleich mehr Leute erreicht werden als jene, die sich eh schon für Antirassismus und Antifaschismus interessieren. Zentral ist es, Kämpfe miteinander zu verbinden und nicht nur aktuelle Angriffe abzuwehren, sondern

auch für konkrete Verbesserungen, um aus der Defensive herauszukommen. Um die

Situation von Geflüchteten unmittelbar zu verbessern, müssen Revolutionär Innen

für offene Grenzen und Staatsbürger_Innenrechte für alle eintreten. Darüber hinaus müssen wir die Integration in die Gewerkschaften verlangen, um gemeinsam

der Spaltung entgegenzutreten, besser gemeinsame Kämpfe führen zu können wie

beispielsweise für einen höheren gesetzlichen Mindestlohn, aber auch das Selbstbestimmungsrecht

über den eigenen Körper.

Wenn wir erfolgreich dem Rechtsruck entgegentreten wollen,

müssen wir aktiv gegen rassistische, sexistische Spaltung und für Verbesserungen der Klasse kämpfen. Nur so können wir die Reaktionär_Innen aufhalten!

Woher kommt Sexismus?

Svea Hualidu, Revolution Deutschland, Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 8, März 2020

Sexismus

zieht sich durch alle Bereiche unseres Lebens. Ob nun in der Schule, bei der Arbeit oder auf dem täglichen Heimweg. Beispielsweise werden Geschlechtern

immer wieder bestimmte Eigenschaften zugeschrieben. Mädchen sollen immer schön

zurückhaltend, fürsorglich und freundlich sein. Jungs sollen hingegen immer noch nicht über ihre Gefühle reden und die "starken Beschützer" sein. Dadurch,

dass uns diese Werte durch Medien, Familie und unser Umfeld von Geburt an vermittelt werden, stellen wir diese oft nicht in Frage.

Sobald

wir in die Schule kommen, werden diese Rollenverteilungen noch durch nebensächliche Behandlung von der Rolle der Frau in der Geschichte verhärtet.

Frauen aus der Wissenschaft finden sich hier kaum bis gar nicht wieder. Mädchen

sollen gut in Kunst sein und werden für ihre Handschrift gelobt. Wenn sie sich

in einen naturwissenschaftlichen Kurs einschreiben, müssen sie sich dafür

dumme

Sprüche anhören. In der Ausbildung oder an der Uni gehen die dummen Sprüche in

der Pause über Frauen, die sich sowieso nur schminken und von technischen Sachen keine Ahnung haben, weiter. Das sind alles nur Beispiele für Alltagssexismus. Dieser macht aber nur einen

Teil der Frauenunterdrückung aus. Denn gleichzeitig findet in unserer Gesellschaft eine strukturelle Unterdrückung der Frau statt. So bekommen Frauen 2020 immer noch 21 % weniger Lohn

als Männer insgesamt, 8 % mit der gleichen oder vergleichbaren Arbeitsstelle. Dies führt dazu, dass sie nach der Schwangerschaft oder einem Krankheitsfall in der Familie häufiger in Teilzeitarbeit gedrängt werden.

So

entstehen mehrere Nachteile: Frauen sind viel häufiger von (Alters-)Armut betroffen, von ihrem Partner finanziell abhängig und müssen mehr im Haushalt

arbeiten. Daneben gibt es noch gesetzliche Hürden wie Einschränkungen/Verbot

der Abtreibung, während gleichzeitig sexuelle Straftaten kaum geahndet werden.

Klar ist also: Sexismus ist kein Hirngespinst und hat eine materielle Basis in der Gesellschaft, die stetig reproduziert wird.

Feminismus

Vielen

Leuten ist Feminismus mittlerweile ein Begriff. Dabei gibt es unterschiedliche

inhaltliche Strömungen, die jeweils andere Ansätze entwickelt haben, wie man

gegen Frauenunterdrückung kämpfen

sollte. Der Queerfeminismus wirft beispielsweise die Frage auf: "Wie definiert

man Geschlechter?" und sieht das Hauptproblem in der Konstruktion

sämtlicher

Geschlechternormen an sich. Der Radikalfeminismus hingegen sieht die Ursache in

der männlichen Natur, sucht die Lösung in der autonomen Organisierung von Frauen. Intersektionalität fragt "Sind manche Frauen durch die Kombination mehrerer Unterdrückungsmechanismen mehrfach unterdrückt?", zeigt allerdings

keinen Lösungsansatz auf und setzt alle Unterdrückungen gleich. Der bürgerliche

Feminismus hat viele Spielarten, konzentriert sich in erster Linie auf die rechtliche Gleichstellung aller Frauen. Dabei kann es auch dazu kommen, dass

die bürgerlichen Feminist_Innen rückschrittliche Positionen annehmen, beispielweise Alice Schwarzer, die sich in ihrem Magazin EMMA ganz offen gegen

Sexarbeit und das Tragen eines Kopftuchs ausspricht. Diese Positionen lehnen

wir offen ab.

Alle

diese Spielarten haben mehrere Probleme. Zum einen gibt es selten eine wirkliche Erklärung, woher Frauenunterdrückung eigentlich kommt. Zum anderen

betrachten sie meist alle Frauen als "Einheit" und schreiben ihnen ein gleiches

Interesse zu. Das ist problematisch. Zwar ist es positiv, dass

Feminismusmagazine oder Self-Love-Instagramprofile sich mit den eigenen Gefühlen von erlebter Unterdrückung auseinandersetzen, doch Worte formen leider

nicht die Realität. Diese wird von der ökonomischen Basis der Gesellschaft geprägt. Da es unterschiedliche Klassen gibt, gibt es auch unterschiedliche Interessen. So sind Frauenquoten in Chefetagen nur für einen kleinen Teil der

Frauen relevant und eben dieser hat auch ein Problem mit Forderungen, die eine

reale Verbesserung für alle darstellen würden wie bspw. kostenlose Abtreibungen

und Verhütungsmittel oder gleicher, höherer Lohn. Aber woher kommt denn nun

Frauenunterdrückung?

Entstehung der Familie und des Privateigentums

Am

Anfang der menschlichen Geschichte gab es eine klassenlose Urgesellschaft. Hier

waren alle Geschlechter gleichgestellt. Anthropologische Forschungen belegen,

dass sich erwachsene Frauen wegen Schwangerschaft und langer Abhängigkeit der

Kinder von der Mutter nicht an den langen Hetzjagden auf Großwild beteiligen

konnten. Diese war Domäne der erwachsenen, bewaffneten Männer. In dem Sinne

können wir von einer geschlechtlichen Arbeitsteilung sprechen, die genau wie

die noch ursprünglichere (Gebären, Stillen; Zeugen) biologische Ursachen hatte.

Frauen sammelten Früchte, Samen und andere Pflanzenteile und erbeuteten kleine

Tiere. Diese Arbeitsteilung der Jäger- und Sammlergesellschaften hatte so gut

wie nichts mit anderen physischen Unterschieden (Körperkraft, Ausdauer) zu tun.

Frauen trugen geschätzt 60 % zum Nahrungserwerb der Horden bei.

Mit

der Sesshaftwerdung, also ab der Jungsteinzeit, entwickelte sich dann Stück für

Stück ein Überschuss. Dies geschah insbesondere durch die Viehzucht und die

Durchsetzung des Ackerbaus (insbesondere in Verbindung mit Zugtieren zum Pflügen). Eben jene Entwicklung ist hierbei hervorzuheben. Sie legte die Basis

für die Umgestaltung der Verhältnisse in Produktion (Ausbeutung,

Klassengesellschaft, Staat) und Reproduktion. Durch den erwirtschafteten systematischen,

dauerhaften Überschuss konnte erstmals ein Teil der Gesellschaft aus der Produktion ausscheiden, sei es nur im Alter oder zeitlebens bei ehemaligen Oberhäuptern (Häuptlingen). In diesem Zuge bildete sich auch die Familie heraus. Diese unterschied sich von der heutigen dadurch, dass neben dem Oberhaupt auch Haussklav_Innen oder Gesinde (nicht verheiratete Mägde und

Knechte) dazugehörten.

Auch

wenn die Übergangsperiode zur Klassengesellschaft mehrere Tausend Jahre dauerte, so erwuchs sie aus dieser Formation und legte ebenfalls den Grundstein

für die Entstehung des Staates. Ein wichtiges Element hierbei nimmt der Übergang

zur Monogamie ein. Damit das Eigentum in an die eigenen Nachkommen vererbt

werden konnte, wurde diese essenziell. Diese war in erster Linie verbindlich für Frauen, da durch die Monogamie die leibliche Vaterschaft der besitzenden

Männer gesichert werden sollte. Herauszustellen ist, dass die Unterdrückung der Frau ab Entstehung der ersten Klassengesellschaften unumkehrbar geworden ist und ihre Beseitigung darum die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft erfordert.

Übergang

in den Kapitalismus

Mit

Beginn des Kapitalismus und der Entstehung des Proletariats hörte der Haushalt

auf, die grundlegende Produktionseinheit zu sein. Statt in der Familie selber zu produzieren, musste es nach seiner Vertreibung von Grund und Boden, nach

Verlust seiner Produktionsmittel die eigene Arbeitskraft bei KapitalistInnen verkaufen. Im Zuge des wachsenden Fortschritts, der Einführung von Maschinen im

Zuge der industriellen Revolution wurde es notwendig und möglich, mehr Arbeitskräfte als nur Männer (Lohnarbeit von Frauen und Kindern) in die Fabrikproduktion einzubeziehen. Zuvor, im Verlagssystem (Zwischenglied zwischen

Handwerk und Industrie), waren die Produzent_Innen schon keine Handwerker Innen

mehr, weil sie allein von Aufträgen der Kaufleute vollständig abhängig waren,

aber noch keine Proletarier_Innen, weil sie formal noch über ihre Produktionsmittel und Werkstatt verfügten. Mit dem Ruin des Handwerks wurden

sie zu Lohnabhängigen in industrieller Kooperation und Manufaktur. Die Fabrikarbeit stellt für die Emanzipation der Frauen insofern einen Fortschritt dar, als sie durch Mechanisierung etliche Schranken der nach Gewerk getrennten

Arbeitsteilung zwischen Männern, Frauen und Kindern einreißt und Aufhebung der

geschlechtlichen Arbeitsteilung vom technischen Prinzip, vom Stand der Produktivkräfte her überhaupt ermöglicht. Muskelkraft spielt nur noch eine untergeordnete Rolle.

Doch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse verwandeln das fortschrittliche Potenzial des Fabriksystems in eine Hölle für die Arbeiter_Innenklasse, für die Frauen zudem noch in ein Fegefeuer. Da

erstens

nämlich der Lohn von Arbeiter_Innen nur das enthält, was zur Reproduktion der

eigenen Familie notwendig ist und er im Fabriksystem auf die gesamte Arbeiter_Innenfamilie verteilt wurde, sank der des Ehemannes, der zuvor die Bestandteile für Gattin und nachwachsende zukünftige Arbeitskräfte enthielt. Dies sparte den Kapitalist_Innen Geld und verschärfte auch die Konkurrenz innerhalb der Klasse. Diese Abwertung des männlichen Arbeitslohns liegt dem

reaktionären proletarischen Antifeminismus zugrunde. Zum zweitens wurde die Arbeiter Innenfamilie nun

als Ort, an dem die Arbeitskraft wieder hergestellt werden musste, zur zweiten,

aber unbezahlten Schicht für die Lohnarbeiterin.

Für die Arbeiter Innenklasse hat sie

also einen doppelten Charakter. Zum einen ist die Familie der einzige "Ruheort", zum anderen jedoch für die Frau eine Doppelbelastung. Sie musste

arbeiten und sich gleichzeitig um den Haushalt kümmern. So sparen die Kapitalist_Innen zusätzlich viel Geld dadurch, dass sie die Reproduktion ins Private auslagern. An Stellen, wo dies nicht (mehr) möglich ist wie beispielsweise der grundlegenden Ausbildung, greift dann der bürgerliche Staat ein, um das

Interesse der gesamten Kapitalist_Innenklasse zu vertreten (allgemeine Schulpflicht, Verbot der Kinderarbeit).

Auf der anderen Seite blieb Familie funktional für das Bürger_Innentum, um die Vererbung innerhalb der herrschenden Klasse zu legitimieren. Das klassische

Bild der Arbeiter_innenhausfrau, was vor allem in westlichen, imperialistischen

Ländern präsent war, ist dabei etwas, das erst im späteren Verlauf der Geschichte entstand. Für die Bürgerlichen und ebenso die besser gestellten Kleinbürger_Innen war dieses zweifelhafte Ideal hingegen schon immer möglich.

Als sich dann vor allem in imperialistischen Ländern eine Schicht von Arbeiter_Innen (Arbeiter_Innenaristokratie) durch erfolgreiche Streiks sowie Extraprofite herausbildete, die besser verdient, wurde von ihr diesem Bild der

bürgerlichen Familie als Privileg nachgeeifert. Allerdings ist dies, wie wir wissen, auch heute nur für einen kleinen Teil möglich.

All das beweist, dass Sexismus eine Klassenfrage ist und somit auch der Kampf um die Frauenbefreiung einer um die Herrschaft einer Klasse über die andere ist. Der Kapitalismus hat sich als unfähig und unwillig erwiesen, die im

Haushalt verrichtete Arbeit systematisch zu vergesellschaften. Er ist daher unfähig, die Unterdrückung der Frauen zu beenden.

Doch wie dagegen ankämpfen?

Für

die Praxis heißt das anzuerkennen, dass zwar auch die Männer der Arbeiter_Innenklasse in einem gewissen Maß von Frauentundrückung profitieren,

allerdings keinen historischen Nutzen daraus ziehen. Vielmehr werden sie dadurch an der Verwirklichung ihrer grundlegenden Klasseninteressen gehindert. Nur

ein gemeinsamer Kampf aller Proletarier_Innen gegen die herrschende Klasse kann

ein erfolgreicher sein. Als

Revolutionär_Innen müssen wir uns entschieden gegen jegliche Form der Frauenunterdrückung stellen. Um diese jedoch effektiv zu beseitigen, müssen wir

sie an der Wurzel packen – dem Kapitalismus. Gleichzeitig muss klar herausgestellt werden: Wir müssen den Kampf für eine bessere Welt mit Reformen

und konkreten Verbesserungen im Hier und Jetzt verbinden!

Beispielsweise durch einen gemeinsamen höheren

Mindestlohn oder das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper kann man

die existierende Spaltung innerhalb der Arbeiter_Innenklasse anfangen zu beseitigen. Ebenso müssen diese Kämpfe an allen Orten unseres täglichen Lebens

und somit auch an denen, wo Politik stattfindet, geführt werden. Durch Diskussionen am Arbeitsplatz, gewerkschaftliche Organisierung auch mit dem

Ziel, den Kampf gegen Frauenunterdrückung dort mit einzubringen, antisexistische Veranstaltungen an Schulen und eine Schüler Innengewerkschaft.

Komplett aufgelöst werden kann sie nur in einer klassenlosen Gesellschaft, in der die Reproduktionsarbeit nicht mehr nur auf die Familie und somit die Frauen

ausgelagert wird. Ziel muss es sein, die tägliche Hausarbeit gesamtgesellschaftlich zu organisieren. Durch beispielsweise Großküchen, Waschräume sowie Kinder- und Angehörigenbetreuung, die kollektiv organisiert wird.

Für den Kampf im Hier und Jetzt muss uns dabei klar sein, dass in der heutigen Gesellschaft, in der wir alle nicht frei von unterdrückender Sozialisierung leben, es auch in linken Organisationen Mechanismen bedarf, die

dem entgegenwirken. So brauchen wir jetzt schon kollektive Kinderbetreuung,

aktiven Umgang mit sexuellen Grenzüberschreitungen, Bewusstsein, Frauen und

sexuell Unterdrückte von technischen Aufgaben zu befreien sowie sie zu ermutigen, aktiv nach außen zu treten. Auch Caucuses, also gesonderte Treffen

von sozial Unterdrückten, bei der sie sich über Erlebtes austauschen können, sind ein notwendiges Mittel. Ebenso müssen Männer regelmäßig ihre Sozialisierung und unterdrückendes Verhalten reflektieren.

Quellen: Hausarbeit

https://www.beziehungen-familienleben.de/ergebnisse/wie-teilen-sich-maenne r-und-frauen-die-arbeit-im-haushalt/